

21.10.2009

Forderungen der Hochschulen an die neue Bundesregierung

Der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat gestern in Bonn die hochschulpolitischen Perspektiven unter einer neuen Bundesregierung beraten. Die Mitglieder zeigten sich erfreut, dass die künftigen Regierungsparteien nach den bisherigen Signalen aus den Koalitionsverhandlungen und den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung entschlossen zu sein scheinen, Bildung und Forschung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. Es sei ermutigend, dass das schon zuvor definierte Ziel, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren, nun bis Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll.

Sie gaben der neuen Bundesregierung einen Zehn-Punkte-Katalog auf den Weg:

1. Unterstützung der Länder bei der Schaffung ausreichender Studienplätze, der Verbesserung der Betreuungsrelationen und der weiteren Umsetzung der Studienreform,
2. verbesserte finanzielle Förderung der Studierenden,
3. konsequentere Förderung und Verbesserung der Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler,
4. Förderung der Forschung an Hochschulen,
5. aktive Gestaltung des europäischen Hochschul- und Forschungsraums,
6. Unterstützung von Hochschulen und Wissenschaft im Globalisierungsprozess durch Förderung der Internationalisierungsstrategien der Hochschulen,
7. Neuregelungen im Urheberrecht und Förderung von Open Access,
8. mehr hochschulpolitisches Engagement des Bundes, verbunden mit enger Kooperation von Bund und Ländern, und Ausweitung der Möglichkeiten durch Änderung des Art. 104 b Grundgesetz,
9. Förderung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft,
10. Zusammenführung aller wissenschaftsrelevanten Zuständigkeiten in einem Bundesministerium.

HRK-Präsidentin Prof. Dr. Margret Wintermantel, die sich schon in einem Brief an die Verhandlungsführer der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung für die genannten Ziele eingesetzt hatte, bekräftigte heute bei einer Pressekonferenz in Berlin die Bedeutung der geforderten Maßnahmen für die gesamte volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland.

(Wortlaut des Senatsbeschlusses in der Anlage)